

AROHIPPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Macrocentro «Las Raices» im Nordosten von Teneriffa (Spanien). Heftige, vermeidbare Überschwemmung durch Regen im Dezember 2021.

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

SPANIEN/KANARISCHE INSELN

Zwölf Tage Meer - elf Jahre Gefängnis

Die Situation auf den Kanarischen Inseln ist heute eine andere als vor einem halben Jahr, als wir angefangen haben, über die Atlantikroute zu recherchieren. Die humanitäre Notlage ist nicht mehr offensichtlich, alles ist unsichtbarer geworden, sauberer, – im schlechtesten Sinne.

Während eine Kabine auf dem Luxusship «The world» absurde Millionenbeträge kostet, überqueren Migrant-inn-en auf ausrangierten Fischerbooten den Atlantik, auf kleinen Kähnen, die gute Arbeit für das Fischen¹ in Küstennähe leisten. Aber sie wurden nicht für eine Atlantiküberquerung gebaut. Auf direktem Weg, das hiesse vom nördlichsten Zipfel der Westsahara, dauert die Überfahrt etwa vier Tage. Grenzschiessungen zwingen die Menschen allerdings dazu, von Mauretanien, dem Senegal oder von Gambia aus zu starten. Eine Überfahrt, die zwölf Tage und mehr dauern kann. Nehmen Sie sich einen Atlas zur Hand. Er wird Ihnen helfen, sich zu vergegenwärtigen, über welche Distanzen wir reden und zu welchen unsinnigen und hochgefährlichen Umwegen willkürliche Grenzschiessungen führen.

«Wir befinden uns in einer Krise. In einer Krise des Aufnahmesystems» o

«Wir befinden uns in einer Krise, die keine Migrationskrise ist, sondern eine Krise des Aufnahmesystems. Es handelt sich nicht um eine Migrationskrise, da die Zahl der ankommenden Menschen es nicht rechtfertigt, von einer Krise zu sprechen», versichert uns Daniel Buraschi, der seit Jahren über Grenzen und Migration an der Universität Castilla La Mancha forscht und auf Teneriffa lebt. Die ersten Boote kamen schon 1994, und 2006 waren es 32.000 Menschen, die auf den Kanarischen Inseln ankamen. Heute durchziehen riesige Sandwälle zwischen Mali und Marokko die Sahara, um Menschen daran zu hindern, über das Mittelmeer nach Europa zu reisen².

Seit Menschengedenken suchen sich Fluchtrouten wie Wasser einen Weg. Auch über Umwege. Wie ein Naturgesetz. So wählten 2020 wieder vermehrt Menschen die weit-

aus gefährlichere Atlantikroute als diejenige über das Mittelmeer. Allerdings wurden sie, anders als noch 2006, massiv an der Weiterfahrt auf das spanische Festland gehindert, und gleichzeitig waren wegen der Covid-Pandemie Abschiebungen ausgesetzt worden. Eine genaue Analyse der Situation vom Frühjahr 2020 finden Sie in einem Artikel von Marian Henn³. Bevor auf Teneriffa und Gran Canaria sogenannte «Macrocentros» (siehe Kasten) eröffnet wurden, schliefen selbst Familien in wilden Camps am Strand. Hotels blieben durch die Pandemie leer und die Regierung der Kanarischen Inseln entschied, Migrant-inn-en dort unterzubringen. Das führte zu Demonstrationen, an denen sich der Ärger über mangelnde Unterstützung des Staates für seine Bürger-innen mit einem Unverständnis für die «luxuriöse» Unterbringung von Migrant-inn-en vermischte. Die rechtsextreme Partei Vox ist aber genauso wenig wie die völkische Rechte, ähnlich wie wir sie aus Deutschland und der Schweiz kennen, auf den Inseln verankert. Während unseres Aufenthaltes wurden jedoch den Portraits von Migrant-inn-en in einer Ausstellung in Puerto Cruz nachts buchstäblich die Kehlen aufgeschnitten.

Lokale Unterstützung

Doch schon am Morgen hatte eine Schule aus der Nachbarschaft in einer gemeinschaftlichen Aktion die Risse zugeklebt und im Laufe des Tages klebten Anwohner-innen hunderte Zettel mit Solidaritätsbotschaften auf die Leinwände. In der chaotischen Zeit Anfang dieses Jahres gründete sich die «Asamblea de

apoya a gente migrante» (Versammlung zur Unterstützung von Migrant-inn-en). Niemand konnte uns sagen, wie viele Personen der Asamblea angehören, und das Engagement der Leute ist sehr unterschiedlich, aber es sind viele. Es ist eine sehr heterogene Gruppe, zu der sowohl «historische» Aktivist-inn-en aus Teneriffa als auch Personen gehören, die noch nie an sozialen Bewegungen teilgenommen haben und die sich erst engagierten, als sie die unhaltbare Situation der Migrant-inn-en in den Makrozentren sahen. Heute geht es nicht mehr vorrangig um Erste Hilfe, sondern um eine längerfristige Organisation. Bei den meisten Aktivist-inn-en wohnen ein, zwei oder noch mehr meist minderjährige Geflüchtete und werden wie Familienangehörige umsorgt. Das ist beeindruckend, auch weil die Kanarischen Inseln die zweitärmste Region Spaniens sind.

Innerhalb der Asamblea haben sich neun oder zehn Arbeitsgruppen gegründet, z. B. für Rechtsberatung. Eine andere Gruppe kümmert sich um die Belange von Frauen, eine weitere befasst sich mit Migrant-inn-en im Gefängnis. Und da sind wir bei dem haarsträubendsten Kapitel unserer Reise.

Gefangen als Exempel

Wir treffen Paula in einem studentisch geprägten Viertel von Santa Cruz. Sie ist aktiv in der Gefängnis-Kommission. Paula erzählt uns von den überfüllten Lagern im April, in denen tausende Migrant-inn-en seit Monaten in sehr beengten Verhältnissen untergebracht waren. Mehrmals täglich mussten die Menschen stundenlang für Essen und eine Dusche anstehen. Psychologinnen berichteten schon im Winter 2020 von Selbstverletzungen und Suizidversuchen. Ständig von Abschiebung bedroht und in Ungewissheit schwebend ergab sich eine explosive Stimmung und es kam zu Schlägereien in den Lagern Las Raíces und Las Canteras. Schlägereien wie es sie jedes Wochenende bei Fussballspielen bei uns zuhause gibt, ohne dass auch nur an eine Anzeige gedacht wird. Hier aber fordert die Staatsanwaltschaft elf (!) Jahre Gefängnis für die seit April 2021 in Untersuchungshaft sitzenden Menschen.

«Die juristische Unterstützung ihrer Pflichtverteidiger war gleich Null. Es konnte nicht einmal eine Übersetzung ins Französische gewährleistet werden. Wir von der Asamblea wussten erst gar nicht, wie viele Menschen überhaupt im Gefängnis saßen. Wir bekamen keine Informationen aus dem Gericht und kannten auch niemanden im Gefängnis. Erst als mein Partner mitgenommen wurde, erfuhren wir, dass sie überhaupt im Gefängnis waren und wie viele», berichtet Paula erschüttert. Die Misshandlungen durch die Polizei und das Sicherheitspersonal waren brutal. «Sie kamen mit Gummigeschoss-Pistolen», berichtete uns eine der jetzigen Anwältinnen: «Alles was sie wollten, war ein Exempel statuieren, und so nahmen sie wahllos neun junge Erwachsene mit. Einer

von ihnen war während der Schlägerei nicht einmal im Lager.» Die späteren Aussagen der Sicherheitsleute widersprechen sich mit der Aussage einer Mitarbeiterin von ACCEM⁴, die auch vor Ort war.

Weiter erzählt uns Paula: «Einer der angeklagten Jungen wollte wie alle anderen unbedingt duschen, und wie wir wissen, reicht das heiße Wasser im Lager von Las Raíces nur kurz und dann müssen alle anderen mit kaltem Wasser duschen. In diesem Moment kommt es zu einem Streit mit den Sicherheitsleuten, die ihn in einen Raum bringen und schlagen.» Am 25. November gab es die erste Verhandlung und am zweiten Verhandlungstag, der zur Urteilsverkündung anberaumt war, reduzierte die Staatsanwaltschaft ihre Forderung auf sieben bzw. vier Jahre. Sieben Jahre Gefängnis für einen jungen Menschen, der sein Leben aufs Spiel gesetzt hat, um in Europa ein besseres, würdigeres zu finden!



Nach einem Anschlag auf eine Ausstellung mit Porträts von Geflüchteten, reparierten Schüler-innen am Morgen danach die Risse in den Leinwänden.

Heute kommt es in den Lagern nicht mehr zu solchen Schlägereien. Bei Interviews vor dem Lager Las Raíces berichten uns Migranten, die erst seit ein paar Wochen in Teneriffa sind, dass sie aufpassen müssten, keinen Ärger zu machen. Sie kennen nicht die Details ihrer verurteilten Vorgänger, wissen aber wohl, dass sie nicht aufbegehren dürfen, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen. Ein ehemaliger Mitarbeiter von ACCEM, der anonym bleiben will, berichtet von gezielten Abschiebungen derer, die es wagen, sich zu organisieren oder auch nur sich laut über die Verwahrung und die mangelnden Perspektiven zu beschweren.

Helden, keine Schlepper

Viel wurde in den letzten Wochen über die Kriminalisierung von selbstlosen Flüchtlingshelfer-inne-n geschrieben – zu Recht. Die zunehmende Kriminalisierung der

Geflüchteten selber ist allerdings ein unterbelichtetes Problem und so versauern zig der Öffentlichkeit unbekannte Menschen in Europas Gefängnissen. Hier im Archipel berichteten wir immer wieder über den Fall von Ahmed H. in Ungarn, der nur Dank der Unterstützung von Amnesty International, dem Europäischen BürgerInnenforum und anderen Organisationen relativ gut ausging. Auf Teneriffa erfuhren wir, dass weit über 30 Bootsflüchtlinge, alleine hier auf der Insel, im Gefängnis sind – verurteilt als Schlepper, weil sie beim Ankommen am Steuer saßen.

Keine Horden

Die Polizei setzt sogar bei Rettungsaktionen der spanischen Küstenwache auf offener See Drohnen ein, um feststellen zu können, wer das Ruder in der Hand hält. Dass dies eine willkürliche Praxis ist, wird klar, sobald man sich überlegt, welch übermenschlicher Kraft es bedürfte, müsste jemand während mehr als einer Woche mit wachem Auge am Steuer sitzen. Aus Scham haben viele bis heute keinen Kontakt mit ihren Familien aufgenommen. Es kann also von ihren Angehörigen auch keine Hilfe kommen, und wenn niemand auf der Insel von dir weiss, bleibst du ohne Beistand für Jahre verschwunden. Heute arbeitet die Asamblea eng mit dem Gefängnis-pfarrer zusammen. Er hat Zugang zu diesen Menschen, die oft zu niemandem mehr Vertrauen haben.

Und ja, es gibt mafiose Schlepper. Die begeben sich aber nicht auf eine Atlantiküberquerung, auf der, laut IOM⁵, jede 26ste Person stirbt. Die Atlantikroute gehört zu den tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Von Januar bis September in diesem Jahr hat die IOM bereits mehr als tausend Tote und Vermisste auf dem Weg nach Spanien gezählt: ein Viertel von ihnen im Mittelmeer und drei Viertel auf der Atlantikroute. Es handelt sich nicht um Menschenhorden, die unseren Kontinent überfallen, wie uns die Rechtsextremen und einige Medien glauben machen wollen, sondern um Männer, Frauen und Kinder, die sich auf den Weg hin zu einem besseren Leben gemacht haben.

Wir haben die Asamblea bereits unterstützen können, damit die ersten vier Angeklagten, wenn auch spät, einen vernünftigen Rechtsbeistand bekommen konnten. Vor allem mit der Aussicht auf die nächste Instanz und weitere Prozesse bleibt jedoch noch viel zu tun.

Luna Saenz de Castillo Gonzales und
Johannes Dahmke,
EBF-Delegationsreise, Oktober 2021

1. Es gibt immer weniger Fische vor den Küsten Westafrikas. Die Gründe dafür liegen allerdings eher bei der Industrialisierung des Fischfangs als bei diesen Kähnen.

2. Siehe dazu den Artikel von Rémi Carayo aus der «Monde diplomatique» vom November 2021.

3. Archipel 305: «Ein Freiluftgefängnis für Geflüchtete» von Marian Henn

4. ACCEM ist eine spanische NGO, die das Lager Las Raíces betreut.

5. IOM: Internationale Organisation für Migration der UNO. Sie listet nur die bestätigten Fälle auf. Der Verein «Caminando Fronteras» geht von etwa drei bis viermal so vielen Opfern aus.

Brief der Schande

In einem Brief, verfasst von zwölf EU-Ländern, wollen Europas Gendarmen das Recht auf Asyl abschaffen. Sie fordern eine Abriegelung der EU durch den Bau von Mauern, um Migrant·inn·en fernzuhalten. Ihr Schreiben an die Europäische Kommission stellt einen beispiellosen Versuch dar, die Grundprinzipien der europäischen demokratischen Ordnung zu untergraben.*

Am 7. Oktober 2021 haben die Innenminister von zwölf EU-Ländern (Österreich, Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen, Slowakei – also nicht nur die Visegrad-Länder! – ein Schreiben an die Präsidentin der Europäischen Kommission gerichtet. In dem Schreiben wird die Europäische Kommission aufgefordert, den derzeitigen EU-Rechtsrahmen zu ändern, um Versuchen von Nicht-EU-Staaten entgegenzuwirken, illegale Migration für politische Zwecke zu nutzen. In dem Schreiben werden auch andere, nicht näher definierte «hybride Bedrohungen» (hybrid threats) erwähnt.

In dem Brief wird ausdrücklich auf den Bericht der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, vom 29. September letzten Jahres verwiesen, in dem sie am Beispiel von Weissrussland auf die Existenz von staatlich geförderten Menschenschmuggel (state-sponsored migrant smuggling) hinweist. Das bedeutet, dass ein Staat die irreguläre Migration künstlich herbeiführt und erleichtert, während er den Migrationsdruck für seine eigenen politischen Zwecke nutzt. In der oben erwähnten Rede deutet von der Leyen an, dass die EU über eine Art verstärkten Werkzeugkasten verfügen müsste, der die gesamte Bandbreite der ihr zur Verfügung stehenden operativen, rechtlichen, diplomatischen und finanziellen Instrumente zusammenfasst, um dieses neue Phänomen zu bekämpfen.

Geheime Abkommen

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Kommissarin bei ihrer allgemeinen Forderung nach dieser Art von Intervention auch auf die Notwendigkeit hinweist, den Migrant·inn·en, die instrumentalisiert werden, Hilfestellung zu leisten. Die Instrumentalisierung von Migrationskrisen durch Drittländer mit nicht-demokratischen oder explizit autoritären Regimen kann sicherlich nicht als neues Phänomen bezeichnet werden; neu sind vielleicht die Auswirkungen und das Ausmass, das dieses Phänomen in Europa angenommen hat.

Aber Frau von der Leyen hat in ihrem Bericht nicht die Tatsache beleuchtet, dass es die EU selbst ist, die seit mehreren Jahren Abkommen mit Drittstaaten abschliesst, die zumeist geheim sind oder jedenfalls nicht der demokratischen parlamentarischen Kontrolle unterliegen wie im Fall des «Nicht-Abkom-

mens» zwischen der EU und der Türkei. Dabei handelt es sich um Absprachen mit dem Ziel, Migrant·inn·en aufzuhalten, aber ohne jede rechtliche Betreuung oder jeden Schutz der betroffenen Menschen in den Ländern, wo ihre Weiterreise verunmöglicht wird. Es ist also die Externalisierung der Asylpolitik und den EU-Grenzen, die zu explosiven Kri-

in dieser Verordnung klare Leitlinien zu den Massnahmen, welche die Mitgliedstaaten im Falle eines hybriden Angriffs, charakterisiert als ein «durch einen künstlich erzeugten Massenzustrom irregulärer Migranten, der von einem Drittland erleichtert, organisiert und/oder vorangetrieben wird», ergreifen könnten. Seltsamerweise wird in diesem Papier nicht darauf eingegangen, einen der grundlegenden Begriffe genauer zu definieren oder gar zu klären, ab wann ein Migrationsstrom als «künstlich» bezeichnet werden kann. Soll die Ankunft von Menschen als künstlich verstanden werden, wenn sie gezwungen sind, das Drittland zu verlassen, dies aber nicht wollen? Oder soll gar als künstlich angesehen werden, wenn sich Migrant·inn·en dazu entschieden haben, das Land zu verlassen, in dem sie blockiert wurden, sobald sich aufgrund eines politischen Wandels die Gelegenheit dazu bietet? Und welche Massnahmen

Belarus-Polen-EU: Tödliche Machtspiele mit Menschen

Anfang November 2021: Mehrere Tausend Flüchtlinge, viele aus dem Irak und Syrien, sitzen im Niemandsland zwischen Belarus und Polen fest – im Wald, in der Kälte, ohne jegliche Versorgung. Die polnische Regierung verbietet Medien und Hilfsorganisationen den Zutritt zu dieser Zone und mobilisiert tausende Polizisten und Soldaten, um die Grenze abzuschotten. Vom Bau einer Mauer ist die Rede. Inzwischen sind mehrere Todesopfer unter den Geflüchteten zu beklagen. Die Migrant·inn·en sind zum Spielball einer Machtprobe des weissrussischen Machthabers Lukaschenko mit der EU geworden. Obwohl die Anzahl der Flüchtenden hier nicht mit derjenigen von 2015 auf der Balkanroute zu vergleichen ist, wird das Schreckgespenst einer riesigen Invasion an die Wand gemalt. Die EU-Kommission unterstützt plötzlich vorbehaltlos die Regierung Polens, mit der sie sonst wegen des Abbaus der Rechtstaatlichkeit im Streit liegt. In einem Appell fordern die Literatur-Nobelpreisträgerinnen Svetlana Alexievich (Belarus, im Exil), Elfriede Jelinek (Österreich) Herta Müller (Deutschland) und Olga Tokarczuk (Polen) den Europarat und das Europäische Parlament auf, sich für die Respektierung der Genfer Konvention und den freien Zugang für Medien und Hilfsorganisationen im Grenzgebiet einzusetzen. Trotz der erpresserischen Absicht des weissrussischen Herrschers müsste Europa bestrebt sein, eine humanitäre Lösung für die verzweifelten Menschen zu finden, die illegalen Pushbacks auf polnischer Seite zu verhindern und dafür zu sorgen, dass die Asylgesuche der Flüchtenden entgegengenommen werden. So könnte Europa der Welt zeigen, dass die Menschenrechte mehr wert sind als die Machtspiele eines Autokraten. Leider ist das Gegenteil der Fall; es sind fast ausschliesslich Initiativen aus der polnischen Zivilgesellschaft wie zB. die „Grupa Granica“, ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen und Komitees, die den Geflüchteten im Niemandsland und an der Grenze zu Hilfe eilen. Sie setzen sich selbstlos und mutig ein und werden in Polen von vielen Menschen unterstützt.

Michael Rössler

sensituationen führt, die dann von Drittländern ausgenutzt werden können, welche diese Art von Abkommen unterzeichnet haben und deren Verhalten im Nachhinein beklagt wird.

Ich möchte nicht länger auf die Kohärenz der Analyse von Präsidentin von der Leyen eingehen, sondern auf den Text des oben erwähnten Schreibens der zwölf Minister·innen zurückkommen, in dem sie wesentliche Änderungen am derzeitigen Schengen Grenzcodex, d.h. der Verordnung EU 2016/399, fordern. Ihrer Ansicht nach fehlen

sollen ergriffen werden, um diese Art von Krise unter Wahrung der Grundrechte der Betroffenen zu bewältigen, wenn man sich bewusst ist, dass die politische Instrumentalisierung solcher Situationen schwerwiegende Folgen haben kann?

Errichtung von Sperranlagen

Diese Fragen werden in dem Schreiben nicht beantwortet, in dem lediglich beklagt wird, dass das EU-Recht ausser der Grenzüberwachung keine Massnahmen zur Verhinderung

Archipel
Monatszeitung des
Forum Cívique

Schweiz:
Postfach 1848,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezná Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

illegaler Grenzübertritte vorsieht und dass es keine physischen Barrieren als Massnahme zum Schutz der EU-Aussengrenzen gibt. Dies führt zu dem einzigen Vorschlag in dem Schreiben: die Errichtung von Sperranlagen an allen Aussengrenzen als dauerhafte Massnahme (und nicht als mögliche Extremmassnahme im Falle einer Krise), deren Verwirklichung für die Europäische Union Priorität haben sollte. (Im Text: «Die physische Barriere scheint eine wirksame Grenzschutzmassnahme zu sein, die dem Interesse der gesamten EU dient, nicht nur dem der Erstankunftslander»). Im gesamten Text fällt die Verwendung einer militärischen Sprache auf: Hier verlieren die Menschen – von Drittländern als missbrauchte Waffen betrachtet – ihren primären Status als Opfer, und wenn man genau hinsieht, verlieren sie sogar ihren Status als Menschen. Im Text des Rundschreibens tauchen die Worte Hilfe, Aufnahme, Asyl oder Schutz nie auf, ausser an einer Stelle, wo auf die überlasteten Migrations- und Asylsysteme verwiesen wird, deren Aufnahmekapazitäten erschöpft sind. Diejenigen, die durch die physische Barriere am Eindringen gehindert werden sollen, werden als eine undeutliche Masse von Feinden wahrgenommen.

In dem Dokument wird an keiner Stelle die rechtliche und ethische Frage aufgeworfen, wie die Situation im Einzelfall zu prüfen ist oder wie diesen Menschen Zugang zu einem Verfahren zur Prüfung ihres Asylantrags gewährt werden kann. In dem oben genannten Schreiben wird das Recht auf Asyl als Grundrecht und insbesondere das Recht nach der Richtlinie 2013/32/EU, an einer EU-Aussengrenze Schutz zu suchen, schlicht und stillschweigend ausser Kraft gesetzt. Gleichzeitig verschwindet auch das Verbot der Zurückweisung gemäss der Genfer Konvention, weil es möglich wird, Menschen an der Grenze zurückzuweisen, ohne ihre individuelle Situ-

ation zu prüfen. Kollektive Abschiebungen, die nach europäischem Recht verboten waren, werden damit möglich, wenn nicht sogar zur Regel.

Was bleibt in einem solchen Szenario vom Recht auf Asyl, das als Grundrecht im Herzen der europäischen Rechtszivilisation konzipiert ist? In der Praxis: nichts. Die faktische Abschaffung des Asylrechts und die Errichtung physischer Mauern kann nicht von der Anwendung von Gewalt gegen die «Eindringlinge» getrennt werden.

Neautoritarismus statt Demokratie

Um wirksam zu sein, muss sowohl dem Verbot, die Mauer zu überqueren, strikte Nachachtung verschafft werden als auch die Abschiebung schnell und summarisch erfolgen – andernfalls gibt es eine Verschwendung von Zeit und Geld. Die Massnahmen müssen gewaltsam durchgeführt werden, denn die Gewalt ist Teil der Abschreckung.

Aus diesen Gründen weisen alle Versuche, die der Errichtung physischer Barrieren an den Aussengrenzen Europas vorausgingen, die gleichen Merkmale systematischer Gewalt und dieselben Verstösse gegen den Schengener Kodex auf, und zwar genau in dem Teil, der «rechtmässige Abschiebungen» regeln soll, die erst nach Kontaktaufnahme mit der Person, Überprüfung ihrer Situation und Durchführung eines begründeten und mitgeteilten Verfahrens, das einer juristischen Kontrolle standhält, durchgeführt werden dürften. Ich beziehe mich auf die Praxis illegaler Pushbacks zwischen Griechenland und der Türkei, zwischen Bulgarien und der Türkei, zwischen Kroatien und Bosnien, die gerade durch die erschreckenden Bilder des «Lighthouse Report»¹ aufgedeckt wurden, und schliesslich auf die Gewalt an der Grenze zwischen Polen und Weissrussland, die bereits zum Tod mehrerer Flüchtlinge geführt hat. Der Antrag auf ein rechtliches

Verfahren ist eine aussichtslose Sache, wenn das Ziel dieser Prozedur nicht eine rechtmässige Entscheidung, sondern schlicht die Zurückweisung des «Feindes» ist. Hätten sich die zwölf Unterzeichner:innen des Schreibens damit begnügt, neue ausserordentliche Massnahmen vorzuschlagen, die in die europäische Gesetzgebung integriert werden sollten und nur im Falle eines massiven Zustroms von Migrant:inne:n, die von einem Drittland in die EU geschickt würden, zur Anwendung kommen dürften, so hätte der Vorschlag im Rahmen einer demokratischen Debatte geprüft, kritisiert, abgelehnt und geändert werden können. Aber was in diesem Brief zu Papier gebracht wurde, war etwas ganz Anderes: ein Versuch, die Grundsätze des demokratischen Systems der Europäischen Union zu untergraben, ein Versuch, der so beispiellos ist, dass er meiner Meinung nach von den Historiker:inne:n unserer Zeit als eines der ruchlosesten ideologischen Manifeste des Neo-Autoritarismus im 21. Jahrhundert bewertet werden wird. Wenn die Antwort auf jede grosse Herausforderung unserer Zeit zeigt, wer wir wirklich sind, dann wird die Frage, wie wir mit den Migrantinnen und Migranten umgehen, zum grundlegenden Test für das Überleben der Demokratie in Europa.

Gianfranco Schiavone,
Vizepräsident der italienischen Vereinigung für juristische Studien über Migration

*Artikel veröffentlicht in «il Riformista» am 12.10.2021

1. Gleichzeitig wurden die brutalen Pushbacks von Migrantinnen und Migranten an der bosnisch-kroatischen Grenze von Journalist:inne:n in der «Rundschau» im Schweizer Fernsehen, in der ARD, im Spiegel und in anderen Medien in ganz Europa dokumentiert.

« Was bleibt vom Recht auf Asyl? In der Praxis: nichts.»

CHIAPAS/EUROPA

Aus den Bergen Südostfrankreichs

Seit Mitte September sind 177 Zapatistas auf ihrer «Reise für das Leben» in Europa unterwegs und treffen mit Menschen von etlichen Kollektiven und Projekten in der Stadt und auf dem Land zusammen. Wir haben sie in Österreich, der Schweiz und Frankreich getroffen. Hier ein Bericht aus dem südostfranzösischen Blickwinkel.

Am 12. Oktober, dem Jahrestag der angeblichen Entdeckung Amerikas, traf eine Delegation von Zapatistas in Südostfrankreich ein, gemeinsam mit einer Gruppe von Delegierten des mexikanischen «Nationalen

Indigenen Kongresses». Drei Wochen lang trafen sie sich mit den Bewohner:innen und Initiativen in der Region. Insgesamt bereisen 28 Gruppen zu je fünf Personen drei Monate lang fast ganz Europa.

Die Reise für das Leben, die von der zapatistischen Bewegung initiiert wurde, war als ein doppelter Austausch gedacht. Auf der einen Seite erzählten die Zapatistas die Geschichte ihrer Organisation und auf der anderen Seite stellten die gastgebenden Kollektive ihre jeweiligen Kämpfe und lokalen Probleme vor. Die Zapatistas hatten fünf Punkte zu präsentieren, die, wenn man ihnen Zeit liess, mehrere Stunden in Anspruch nehmen konnten. Die Geschichte beginnt mit der Ausbeutung auf den «Fincas», den grossen Landgütern, auf denen die Indigenen von Chiapas jahrzehntelang versklavt, gefoltert und vergewaltigt wurden.

Aus dem Untergrund

Im Jahr 1983 ging eine Gruppe von sechs Personen, drei Mestizen und drei Indigene, in den Lakandonischen Urwald und gründete am 17. November die EZLN, die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung. Es folgten

mehr als zehn Jahre im Untergrund, in denen die Organisation nach und nach immer grösser wurde. Es ist jetzt das erste Mal, dass die Zapatistas über die Zeit im Untergrund sprechen. Und es stimmt, dass es eine enorme Leistung war, eine Armee von mehreren Tausend Menschen aufzubauen, ohne dass der mexikanische Staat etwas davon gemerkt hatte. Dann kam es am 1. Januar 1994 zum Aufstand mit der Kriegserklärung der EZLN an den mexikanischen Staat und der Besetzung von fünf Städten in Chiapas. Nach ihrer Idee, die auf einem alten maoistisch-guevaristischen Hintergrund beruht, sollte die EZLN die Städte und Dörfer befreien – mit Mexiko-City am Schluss – und das Volk würde dann seine Regierung demokratisch ernennen.

Das Volk antwortete aber nicht so, wie sich die EZLN dies vorgestellt hatte. Vielmehr mobilisierten sich die Mexikanerinnen massiv und stellten sich zwischen die beiden Armeen, um den Krieg zu beenden und Verhandlungen zu erzwingen. Die weitere Geschichte ist bekannt: Friedensgespräche, die Entwicklung der MAREZ, der autonomen zapatistischen Rebellengemeinden; der Verrat durch die Regierung im Februar 1995, als diese versuchte, die Kommandantur der EZLN auszuheben, nachdem sie vorgegeben hatte, verhandeln zu wollen; die Schaffung der «Aguascalientes», Orte des Kontakts zwischen der zapatistischen Bewegung und der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft; die Unterzeichnung des Friedensabkommens von San Andrés Larrainzar 1996 und dessen Nichtumsetzung; der «Marsch der Farbe der Erde» 2001, um ein letztes Mal die Umsetzung des Friedensabkommens zu fordern, und der x-te Verrat des mexikanischen Staates mit seiner Weigerung und seinem Rassismus gegen die indigene Bevölkerung. Und schliesslich die Gründung der «Caracoles» im Jahr 2003 zusammen mit den «Räten der Guten Regierung» und der Entwicklung der zapatistischen Autonomie. Das Hauptinteresse der einladenden Kollektive galt dann auch dieser zapatistischen Autonomie in den verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Bildung, Justiz, Agrarökologie, Kunst und Kultur, etc.) und ihrem heutigen Funktionieren. Doch die Zapatistas wollten über ihre gesamte Geschichte sprechen und legten dabei auch Wert auf die Zeit im Untergrund.

25 Jahre Nationaler Indigener Kongress

Vertreterinnen des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI) hatten die Einladung der Zapatistas angenommen, an der Tournee durch Europa teilzunehmen. Das war eine Gelegenheit, auf das 25-jährige Bestehen dieser Organisation zurückzublicken, die versucht, alle indigenen Kämpfe in Mexiko zu vereinen. Dabei kam auch die letzte grosse Initiative, die während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2017 gestartet worden war, zur Sprache. Der CNI wollte über eine extra zu diesem Anlass geschaffene Instanz, nämlich den Indigenen Regierungsrat (Consejo Indígena de Gobierno, CIG), bei der Wahl antreten. Die Idee hinter diesem Versuch war nicht, die Macht zu übernehmen, sondern den CNI-CIG sichtbar zu machen und zu stärken. Der CIG besteht aus 150 Mitgliedern, Männern und Frauen, die alle 64 indigenen Völker (oder Sprachen, wie



sie es lieber nennen) vertreten. Da es nicht möglich war, so viele Kandidatinn-en aufzustellen, wurde eine Sprecherin ernannt, welche die Kandidatur vorantreiben sollte. Zum ersten Mal war angekündigt worden, dass das mexikanische Wahlsystem eine parteiunabhängige Kandidatur zulassen würde – jedoch unter einer Bedingung: Für deren Annahme mussten fast eine Million Unterschriften gesammelt werden. Erschwerend kam hinzu, dass die Unterschriften auf modernsten Smartphones geleistet werden mussten, die sich viele Gemeinden nicht leisten können, ganz zu schweigen von der Unzugänglichkeit des Internets. Kurz gesagt, der staatliche Rassismus hatte wieder zugeschlagen und die Kandidatur verhindert. Dennoch wurde die Wette teilweise gewonnen, da der CNI-CIG nun in Mexiko viel bekannter ist und auch von Kreisen unterstützt wird, die nicht nur indigen sind, wie z. B. in bestimmten Arbeitervierteln.

Megaprojekte über alles

Die CNI-CIG-Delegierten kamen aus ganz Mexiko und berichteten u.a. über geplante und bereits laufende zerstörerische Megaprojekte, die von der angeblich linken mexikanischen Regierung initiiert oder gefördert werden. Eine Art Gruselkabinett tat sich vor unseren Augen und Ohren auf: zuerst der sogenannte Maya-Zug, der die gesamte Halbinsel Yucatán von Cancún bis zum zapatistischen Land von Palenque in Chiapas durchqueren soll. Um den Zug herum werden Luxushotels und andere touristische Einrichtungen entstehen, von denen die indigene Bevölkerung ausgeschlossen werden soll und wo sie höchstens als Kloputzerinnen Eingang finden wird. Die Sorge der indigenen Gemeinden gilt dem Zugang zu Wasser, der den Touristinnen bevorzugt gewährt werden soll. Problematisch ist aber auch die Erzeugung von Strom durch riesige Windräder und Photovoltaikanlagen. Ausserdem werden mit dem Tourismus vermehrt Drogenhandel und Prostitution Einzug halten. Wo viel Geld auf dem Spiel steht, ist Europa nicht weit. So ist zum Beispiel die «Deutsche Bahn» im Maya-Zug-Projekt stark impliziert.

Ein Zug kann einen anderen verbergen: So soll am Isthmus von Tehuantepec, (dem schmalsten Teil Mexikos zwischen dem Kari-

bischen Meer und dem Pazifischen Ozean), der Trans-Isthmus-Zug zum Einsatz kommen. Da der Panamakanal überlastet und angesichts der Entwicklung von Containerschiffen teilweise veraltet ist, soll er durch den Bau einer Zugstrecke verdoppelt werden. Dies würde allerdings die Entwicklung von zwei riesigen Häfen erfordern und wäre gleichzeitig eine Gelegenheit zur Schaffung von Freihandelszonen für Fabriken multinationaler Unternehmen. Der Isthmus von Tehuantepec stand bereits im Mittelpunkt eines Kampfes gegen die Einrichtung von unzähligen Windkraftwerken durch den Landraub in den indigenen Gemeinden. Hier sind auch westliche Konzerne am Werk, darunter das französische Staatsunternehmen EDF.

Ein weiteres stark umstrittenes Projekt, das zur Ermordung des indigenen Oppositionellen Samir Flores Soberania führte, ist das «Integrale Projekt Morelos». In den drei Bundesstaaten Morelos (Zapatas historisches Land), Tlaxcala und Puebla wird eine Gaspipeline am Fusse des immer noch aktiven Vulkans Popocatepetl gebaut, um ein thermoelektrisches Kraftwerk zu betreiben, das Energie für Autofabriken und andere Unternehmen liefern soll. Obwohl die Beteiligung europäischer, kanadischer und US-amerikanischer Konzerne an all diesen Projekten

« Problematisch ist auch die Erzeugung von Strom durch riesige Windräder und Photovoltaikanlagen.»

bewiesen ist, so ist es doch oft schwierig, diese zu erkennen, weil sie mexikanische Decknamen verwenden. Es war eine der Forderungen des CNI, in Europa herauszufinden, welche Unternehmen tatsächlich beteiligt sind, um sie hier anprangern zu können.

Er erwähnte noch die Firma Danone, die das Grundwasser verbraucht, um es dann in Flaschen zu verkaufen.

Die Delegation reiste durch einen Grossteil der Region PACA (Provence Alpes Côte d'Azur), beginnend im Norden bei einem Empfang in der Spinnerei-Kooperative von Longo maï in Chantemerle bei Briançon.

Europa ist nur der Anfang

Die Genossenschaftsbewegung Longo maï und das Europäische BürgerInnen Forum arbeiteten für die ganze Tournee eng zusammen. Bei dieser Gelegenheit fand auch ein

Treffen mit Kollektiven statt, die in den französisch-italienischen Alpen Flüchtlingen in Bergnot helfen. Danach wanderten wir mit der Schafherde von Longo maï, die sich auf der Schafwanderung von den Alpen in Richtung Provence befand, zu einer Etappe in den Bergen oberhalb des Sees von Serre-Ponçon. Auch wenn ich hier jetzt nicht alle Stationen und Zusammenkünfte auf der Tournee würdigen kann, so möchte ich auf alle Fälle das Fest mit der «Confédération Paysanne» (der linken Bauern- und Bäuerinnengewerkschaft) erwähnen sowie die Besuche der Longo-maï-Kooperativen im Luberon, in der Crau und in der Haute Provence. Auch das Zusammentreffen mit anderen Initiativen zur Verteidigung der landwirtschaftlichen Flächen gegen die Bodenspekulation in dieser Gegend wollen wir nicht vergessen, genauso wie der Austausch mit dem «Kollektiv zur Verteidigung der migrantischen Arbeiter:innen in der industriellen Landwirtschaft» (Codetras). In Marseille waren die Zapatistas von mehreren Gruppen eingeladen, die sich für diskrimi-

nierte Menschen wie Migrant:inn-en, Obdachlose, Hungernde und andere in der Stadt einsetzen.

Die Zapatistas haben angekündigt, dass sie alle fünf Kontinente besuchen wollen und dass Europa nur der Anfang sei. Möglicherweise kommt es später aber auch zu einer zweiten Tournee durch Europa. Die zapatistische Bewegung lernt auf diese Art die soziale, politische und kämpferische Realität in Europa kennen wie wohl niemand sonst. Nach ihrer Rückkehr nach Chiapas werden sie all ihre Erfahrungen in den Caracoles weitergeben. Und die Zukunft wird zeigen, was aus dieser Reise für das Leben hervorgewachsen wird, sowohl von den Samen, welche die Zapatistas in Europa ausgesät haben, als auch von denjenigen, die sie aus den ganzen Besuchen und Gesprächen bei uns mitgenommen haben. Jedenfalls ist sicher, dass etwas aus dieser Initiative keimen wird.

Cédric Bertaud,
Radio Zinzine

Ideen. Diese Ideen setzte er, zusammen mit seinen Freunden von der anarchistisch-kommunistischen Bauerngruppe Gulyai-Polje, in einem Gebiet von der Grösse halb Frankreichs zwischen den Flüssen Don und Dnepr in der Ukraine, in die Praxis um – bis die sowjetische Rote Armee unter Lenin² und Trotzki diese Bewegung, die man «Machnowtschina» nannte, vernichtete.

Was davor geschah

Wir schreiben den 1. März 1917. Nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 wird Russland eine parlamentarische Demokratie und viele politische Gefangene werden freigelassen. Machno erzählt: «Ich taumelte auf die Strasse, die Abwesenheit der Fesseln, die ich acht Jahre lang getragen hatte, waren mir ungewohnt. Eine riesige Menschenmenge erwartete uns und jubelte uns zu, indem sie rief: Es lebe die Freilassung der politischen Gefangenen!» Die meisten seiner anarchistischen Kameraden bleiben in Moskau, wo sie unter dem Zarenregime inhaftiert worden waren, aber Nestor kehrt in sein Dorf zurück, um sich wieder seiner anarchistisch-kommunistischen Bauerngruppe anzuschliessen und zu versuchen, endlich seine anarchistischen Ideale zu verwirklichen. Er ist damals 28 Jahre alt.

Gleich nach seiner Rückkehr nach Gulyai-Polje rief Nestor seine Freunde von der anarchistisch-kommunistischen Bauerngruppe zusammen und begann mit ihnen, revolutionäre Strukturen aufzubauen: Zunächst liessen sie ein neues Gemeindegremium (die Verwaltungseinheit der Koalitionsregierung) wählen, das repräsentativ für die Landbevölkerung war. Im April 1917 wurde Machno zum Leiter dieses Komitees gewählt. Daraufhin gründeten sie mit den Bauern die «Union der Bauern von Gulyai-Polje» (später «Sowjet der Bauern- und Arbeiterdeputierten» genannt), zu dessen Vorsitzenden Nestor Machno gewählt wurde. Arbeiter schlossen sich der Bewegung an: Die Gewerkschaft der Metall- und Holzarbeiter in Gulyai-Polje bat Nestor, ihr bei der Gründung eines Verbandes zu helfen, sich selbst einzuschreiben und bei der Organisation eines Streiks zu helfen. Also machte man sich an die Arbeit: «Die anarchistische Gruppe schlug vor, unverzüglich Land und Besitz zu enteignen, um freie Agrarkommunen zu organisieren, wenn möglich unter Beteiligung eben dieser Pomechtschiks und Kulaken [reiche Grundbesitzer und Bauern, Anm. d. Autorin]. Wenn sie sich weigerten, sich der Familie der freien Bauern anzuschliessen, und den Wunsch äusserten, auf eigene Faust, jeder für sich, zu arbeiten, sollten sie ihren Anteil an den gesellschaftlichen Gütern, die sie besessen hatten, und die Mittel, von ihrer Arbeit zu leben, unabhängig von den Agrargemeinschaften erhalten.»¹ Dies wurde auch getan, und zwar noch vor der Oktoberrevolution 1917, in deren Folge die Bolschewiki



«Machnowtschina, Machnowtschina

Deine Fahnen sind schwarz im Wind

Sie sind schwarz von unserem Schmerz

Rot vom Blute, das hier rinnt

Lenin hat im Frühling beschlossen

dass die Ukraine an Deutschland geht

Doch im Herbst hat die Machnowtschina

die Deutschen in den Wind verweht

Machnowtschina, Machnowtschina

Die Armee unserer Partisanen

Aus der Ukraine wollen wir vertreiben

*Für immer alle Tyrannen!»**

GESTERN - HEUTE - MORGEN

Die Machnowtschina

Vor 100 Jahren wurde die anarchistische Bewegung Machnowtschina in der Ukraine (1917-1921) von der sowjetischen Regierung unter Lenin und Trotzki blutig beendet. Heute ist dieser politische und soziale Versuch, ein Land anarchistisch selbst zu verwalten, beinahe in Vergessenheit geraten.

«Ich bin ein Bauer und wurde in Gulyai-Polje, einer Ortschaft in der Region Jekaterinoslaw in der Ukraine, geboren. Meine Eltern waren zunächst Leibeigene und später freie Bauern. Nach den Erzählungen meiner Mutter war ihr Leben unter der Leibeigenschaft entsetzlich. Noch als Kind wurde sie zweimal mit Ruten geschlagen. [...]»¹

Diese Worte stammen von Nestor Machno, einem armen Bauern aus der Ukraine, der zu «Batko Machno» wurde, was auf Ukrainisch «Väterchen Machno» bedeutet. Der Titel wurde ihm nicht wegen seines Alters verliehen, sondern wegen seines militärischen Genies, seines Mutes, seiner Unbestechlichkeit und seiner Treue zu den anarchistischen

und Sozialrevolutionäre die Abschaffung des Privateigentums verkündeten.

«Das Volk muss in seinem eigenen Haus souverän sein. Die Zeit ist endlich gekommen, um seinen jahrhundertealten Traum zu verwirklichen. Von nun an sollen das Land, die Fabriken und Betriebe den Arbeitern gehören. Die Bauern werden die Herrscher über das Land sein, die Arbeiter die Herrscher über die Fabriken und Betriebe.»¹

Ein wahrer Volksaufstand

Um die umliegenden Dörfer davon zu überzeugen, dem Beispiel von Gulyai-Polje zu folgen, reisten Nestor und seine Freunde von Dorf zu Dorf, besuchten aber auch die Fabriken in den Städten. Überall, wo sie hinkamen, stiessen ihre Ideen auf Begeisterung und Zustimmung, und die Bauern und Arbeiter emanzipierten sich in einem Akt der Autonomie und Selbstbestimmung von ihren Chefs und Grundbesitzern. Gulyai-Polje wird zum Zentrum eines wahren Volksaufstandes in der Ukraine. Den Anarchisten gelingt es, die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung von ihren Ideen zu überzeugen – auf Kosten der Bolschewiki und der Sozialrevolutionäre, die erfolglos versuchen, die Bevölkerung zum Beitritt in ihre politischen Parteien zu bewegen.

«Seit Ende August hatten die Bauern uns verstanden und zersplitterten ihre Kräfte nicht mehr auf die verschiedenen politischen Gruppierungen, die nicht in der Lage waren, etwas Entscheidendes und Dauerhaftes zu erreichen. Und je besser sie uns verstanden, desto mehr glaubten sie an sich selbst, an die Rolle, die ihnen in der Revolution zukam: das Recht auf Privateigentum an Land abzuschaffen, es zu kollektivem Eigentum zu erklären und dann,

nachdem sie sich mit den Proletariern in den Städten geeinigt hatten, jede Form von Privilegien und jede Möglichkeit der sozialen Herrschaft abzuschaffen.»¹

Bewaffneter Widerstand

Die Unterstützung dieser Aktionen für die Enteignung und Kollektivierung des Landes durch eine ländliche und zudem teilweise analphabetische Bevölkerung mag überraschen. Sie lässt sich durch mehrere Faktoren erklären, von denen der wichtigste sicherlich die unermüdliche Propagandaarbeit der anarchistisch-kommunistischen Bauerngruppe von Gulyai-Polje ist, die bereits seit 1905 aktiv war. Makhno war damals 16 Jahre alt. Im August 1917, nach der Offensive der sogenannten «weissen», also der zaristischen russischen Generäle gegen die laufende Revolution, wurde in Gulyai-Polje ein «Komitee zur Verteidigung der Revolution» gewählt, mit Nestor Makhno als Vorsitzendem.

«Es wurde sofort beschlossen, die gesamte Bourgeoisie der Region zu entwaffnen und ihre Rechte auf den Reichtum des Volkes – Land, Fabriken, Druckereien, Veranstaltungsräume und andere Staatsbetriebe – abzuschaffen. Denn um dem Vormarsch von Kornilow [weisser General, Anm.

d. Autorin] Einhalt zu gebieten, musste zuerst die bürgerliche Herrschaft beendet werden [...]. Ich wurde mit einem riesigen Ruf begrüsst: ‘Es lebe die Revolution! Es lebe ihr treuer Verteidiger, unser Freund Genosse Machno!’ Ich spürte, dass ich diese Jubelrufe nicht verdient hatte; deshalb verlangte ich Ruhe und bat die Demonstranten, mir zuzuhören. Doch die Menge hob mich auf ihre Schultern und rief immer wieder: ‘Es lebe die Revolution! Es lebe Genosse Machno!’ Als sie sich beruhigt hatten, fragte ich sie, warum sie die Arbeit niedergelegt hatten und warum sie zum Komitee zur Verteidigung der Revolution gekommen waren. ‘Wir sind gekommen, um uns ihm zur Verfügung zu stellen’, sagten sie, ‘und wir sind nicht die Einzigen.’

‘Es gibt also Schiesspulver in den Pulvermagazinen?’ ‘Ja, das gibt es, und zwar in grossen Mengen!’¹

Die Machnowtschina, die das gleichnamige Lied inspirierte, war eine echte Aufstandsarmee, die bis zu 29.000 Kämpfer an der Front und 200.000 Mann in der Reserve hatte, weil es nicht genug Waffen gab⁴. Diese Armee wurde im September 1918 mit der Unterstützung der Bevölkerung von Gulyai-Polié gegründet, die Nestor erneut zu ihrem – diesmal militärischen – Führer wählte. Sie kämpfte erfolgreich gegen die Offensiven der Weissen Armeen und der deutsch-österreichischen Armeen sowie gegen die ukrainischen Nationalisten von Petljura und die Kosaken am Don sowie diejenigen von Kuban und Tejek, die sich den Weissen Armeen angeschlossen hatten.

Doch sobald die Gefahr der konterrevolutionären Armeen gebannt war, wandten sich die Bolschewiki gegen die Bewegung der Machnowisten, um die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen. Ab Januar 1920 versuchten sie, die Machnowtschina zu enthaupten, indem sie einige von Machnos engsten Gefährten eliminierten. Dank der Unterstützung der Bevölkerung hielten die Machnowisten fast zehn Monate lang gegen die zahlenmässig und waffentechnisch weit überlegene Rote Armee stand. Ihr Kampf endete jedoch im August 1921, nachdem die meisten von ihnen massakriert worden waren. Auch die Zivilbevölkerung zahlte einen hohen Preis: «Pjotr Archinow, der Memorialist der Machnowtschina und Augenzeuge dieses Vernichtungskrieges, schätzt für das Jahr 1920 nach den gemässigten Berechnungen die Zahl der von den bolschewistischen Behörden erschossenen oder verstümmelten Bauern auf fast zweihunderttausend!»³

Warum so viel Hass?

Das erklärte Ziel der herrschenden Bolschewiki mit Lenin an der Spitze war es, an der Macht zu bleiben, koste es, was es wolle. In diesem Sinne ist klar, dass die libertären Anhänger der Machnowtschina, die die Selbstbestimmung der Bauern und Arbeiter auf ihrem Land und in ihren Fabriken forderten, diesen absoluten Machthunger der Bolschewiki behinderten. Für sie waren die Bauern und Arbeiter «nicht reif», um ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Die Bolschewiki hatten es aber nicht nur auf Anarchisten abgesehen; alle andere politische Strömungen, darunter die Sozialrevolutionäre, ihre früheren Verbündeten, wurden von der Macht verdrängt und ihre Vertreter verfolgt oder sogar beseitigt.

Um die Vernichtung der Machnowtschina zu legitimieren, griffen die Bolschewiki auf eine bewährte Methode zurück: Verleumdungskampagnen in der Presse, in denen Machnos Mitstreiter des Banditentums, des Alkoholismus, der Plünderungen, des Antisemitismus, der Gewalt gegen Frauen usw. beschuldigt wurden. Der Vorwurf, der Machno am meisten empörte, war der des Antisemitismus, weshalb wir ihm zu seiner Verteidigung das Wort erteilen: «Jüdische Bürger! In meinem ersten Appell an die Juden, der von der französischen Zeitung Le Libéraire veröffentlicht wurde, bat ich euch, sowohl die Bürgerlichen als auch die Sozialisten und sogar Anarchisten wie Yanovsky, die alle von mir als Pogromisten sprachen und die Befreiungsbewegung der ukrainischen Bauern und Arbeiter, die ich anführte, des Antisemitismus bezichtigten, mir genaue Fakten zu nennen: Wo und wann haben ich oder die oben genannte Bewegung solche Taten begangen? [...] Bisher ist mir keine derartige Antwort bekannt. [...] Ausserdem spielten in dieser Bewegung revolutionäre Kampfeinheiten, die aus jüdischen Arbeitern bestanden, eine führende Rolle.» Auch die Forschungen von Tscharikover, der sich auf die Erforschung der Verfolgung und Pogrome gegen Juden in der Ukraine spezialisiert hat, kommen zu dem Schluss, dass es in der Machnowtschina keinen Antisemitismus gab: «Es ist unbestreitbar, dass sich von all diesen Armeen, einschliesslich der Roten Armee, die Machnowtschina am besten gegenüber der Zivilbevölkerung im Allgemeinen und der jüdischen Bevölkerung im Besonderen verhalten hat.»³

Uns bleibt nur zu wünschen, dass dieses konkrete Experiment der Selbstverwaltung, das in einem Gebiet, achtmal so gross wie die Schweiz, mit mindestens zwei Millionen Menschen durchgeführt wurde, uns als Beispiel dient.

Ein Beispiel für die Möglichkeiten, die wir haben, wenn wir den Mut und die Entschlossenheit aufbringen, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen. Ein Beispiel, das uns zeigen soll, dass der Mensch nicht von Natur aus egoistisch und gleichgültig ist, dass er zu grossen Dingen fähig ist!

Hut ab vor Nestor Machno, Semjon Karetnik, Petja Ljuty, Alexej Martschenko, Fedor Schtschus, Wassili Kurilenko und all den anderen, die ihren Willen, ihre anarchistischen Ideen in die Tat umzusetzen, zu einem Grossteil mit dem Leben bezahlten – die meisten von ihnen wurden nicht einmal 30 Jahre alt.⁴

Caroline Meijers,
Undervelier, Schweiz

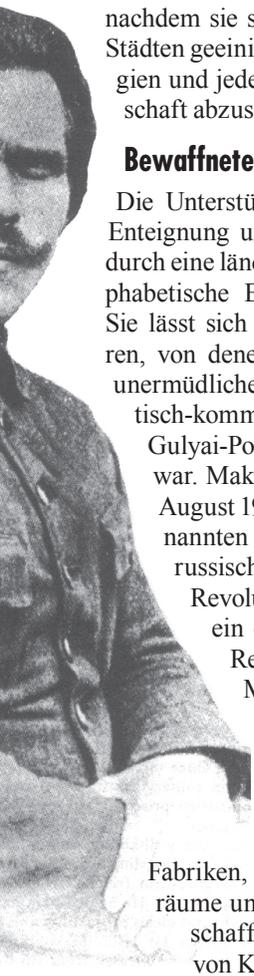
* Dieser Text von Etienne Roda-Gil lehnt sich das musikalische Thema eines russischen bolschewistischen Liedes, «Die Partisanen» von T. Aturov, um der Machnowtschina zu huldigen.

1. Dieses und alle weiteren mit 1 gekennzeichneten Zitate stammen aus der Feder Machnos und sind Auszüge aus seinen Memoiren, die es leider nur auf Französisch gibt: Nestor Makhno, «Mémoires et écrits», 1917-1932, Verlag Ivrea, Paris, 2009

2. «Erinnerungen an Vladimir Iljitsch Lenin», Band XXXV, Seite 488.

3. Alexandre Skirda, Nestor Makhno, «Le cosaque libertaire», 1888-1934, les Éditions de Paris, 1999.

4. 90 Prozent der Anhänger der Machnowtschina-Bewegung wurden umgebracht. Machno selbst überlebte und ging nach Paris ins Exil, wo er am 16. März 1934 in ärmsten Verhältnissen an Tuberkulose starb.



«Von nun an sollen das Land, die Fabriken und Betriebe den Arbeitern gehören.»

Vielfalt ist unsere Natur

Die Sonderausstellung «Queer – Vielfalt ist unsere Natur», die noch bis zum 10. April 2022 im Naturhistorischen Museum Bern besucht werden kann, gibt Einblick in die Vielfalt der Geschlechter und sexuellen Ausrichtungen bei Tieren und Menschen. Sie spannt den Bogen zwischen Natur und Kultur, zwischen biologischen Erkenntnissen und aktuellen gesellschaftlichen Debatten.

Auch wenn wir die Bezeichnung «queer» für Menschen nutzen, ist in der Tierwelt ausserordentlich viel Queerness zu finden. Und auch das Geschlecht des Menschen ist nicht so eindeutig, wie wir oft vermuten: Weiblich und männlich sind keine festen Kategorien, sondern eher zwei Pole, zwischen denen ein Spektrum besteht. Mit dem wachsenden Bewusstsein für die Vielfalt in der Natur gewinnt auch die gesellschaftliche Vielfalt an Aufmerksamkeit. Wir befinden uns mitten in einem gesellschaftlichen Wandel, dieser aktiviert gleichzeitig kreative Kräfte und Widerstände.

Die Ausstellung schickt die Besuchenden auf eine Entdeckungsreise ins «Queerreich», eine Welt, welche die bunte Fülle in Natur und Gesellschaft aufzeigt, die beim Thema Geschlecht und Sexualität zu finden ist. Eine Expedition, bei der die Besuchenden auch ihre eigene Identität erforschen können.

Im Tierreich gibt es fast alles

Queer ist eine menschliche Kategorie – solche auf Tiere anzuwenden ist heikel. Aber wenn der Begriff für Geschlechtervielfalt stehen soll, dann darf die Natur mit Fug und Recht als queer bezeichnet werden. In der Tierwelt ist Geschlecht eine relative Angelegenheit. Da gibt es Tiere, die im Laufe ihres Lebens ihr Geschlecht wechseln oder gleichzeitig mehrere Geschlechter in sich tragen. Da gibt es Weibchen, die sich ohne Männchen fortpflanzen. Oder Lebewesen mit nur einem, andere mit tausend Geschlechtern. Und auch die Verhaltensweisen ähneln dem, was wir als queer bezeichnen. Von 1500 Tierarten – und es werden immer mehr – kennt man homosexuelles Verhalten, wie z.B. bei den Pinguinen, Giraffen, Bonobos-Affen oder auch Löwen. Das aktuellste Beispiel findet sich im Artis-Zoo in Amsterdam: Zwei männliche Gänsegeier haben vor kurzem ein Ei zusammen ausgebrütet und ziehen jetzt das Küken auf. Das niederländische Duo ist kein Einzelfall. Im New Yorker Central-Park-Zoo adoptierten zwei männliche Zügelpinguine, die seit sechs Jahren ein Paar waren, ein befruchtetes Ei und zogen das Küken daraus auf.

Als queeres Beispiel werden auch die zweigeschlechtlichen Tantra-Würmer (Taurwurm oder gemeiner Regenwurm) angeführt, die sich für ihre Fortpflanzung nebeneinanderlegen und während Stunden ihr Sperma austauschen. Bei uns Menschen ist übrigens ungefähr jede_r Zehntausendste ein Zwitter, also mit weiblichen und männlichen Geschlechtsorganen ausgestattet. Der Clown-

fisch, weltbekannt aus dem Film «Nemo», ist seinerseits trans. Er lebt in Symbiose mit Seeanemonen – als Paar oder in einer Gruppe. In der Gruppe schart das Weibchen einen Männerharem um sich. Stirbt es, verwandelt sich das grösste Männchen in ein Weibchen. Überhaupt gibt es einige Tiere, die im Laufe ihres Lebens das Geschlecht wechseln

Willkommen bei den Menschen

Nach dem queeren Tierreich kommen wir in das der Menschen. Hier werden uns verschiedenste Möglichkeiten angeboten, uns mit Queersein auseinanderzusetzen und zu erfahren, warum queere Menschen queer sind, was sie fühlen, denken, erleben und – leider immer noch oft – durchmachen müssen. Denn Andersartigkeit erzeugt in einer Gesellschaft immer auch Abwertung, Difamierung, Hass und Gewalt. Die Stonewall-Unruhen 1969 in New York waren diesbezüglich eine historische Zäsur. Erstmals kämpften queere Aktivist:inn-en offen um Anerkennung und Gleichberechtigung.

Seither ist viel passiert. In etlichen westeuropäischen Ländern haben queere Menschen an Rechten und Akzeptanz gewonnen. Dennoch haben sie weiterhin mit gesellschaftlichen und politischen Widerständen zu kämpfen. Nach wie vor erleben sie körperliche Gewalt aufgrund ihres «Andersseins». Eigentlich wäre(n) die sexuelle Orientierung(en) jedes Menschen ja ausschliesslich seine Privatangelegenheit, solange niemand dabei zu Schaden kommt. Doch nachdem unsere Gesellschaft auf konservativen Werten aufgebaut ist, muss diese Selbstverständlichkeit erst langwierig erkämpft werden. International gesehen ist die Lage erschreckend: In 70 Ländern weltweit ist Homosexualität unter Strafe gestellt. Wobei hier auch angemerkt werden muss, dass in der Schweiz Homosexualität bis 1990 als Geisteskrankheit eingestuft wurde!

Die Tatsache, dass auch ein Mensch mehrere Geschlechter haben kann, dass nicht jede Person in das Geschlecht passt, das ihr bei der Geburt zugeteilt wird und insbesondere dass es für queere Menschen gut möglich ist, vollkommen integriert und glücklich zu leben, sofern das Umfeld sie «normal» findet, wird in der Queer-Ausstellung durch Porträts, Interviews, Filmausschnitte, Spiele und Vieles mehr wunderbar dargestellt. Es kommt eben vor allem auf die Offenheit und Akzeptanz von Allen an, ob Menschen, die den vorgegebenen Normen nicht entsprechen, in unserer Gesellschaft ihren Platz haben können – so wie die reizenden Seepferdchen in der Welt der Tiere. Daher empfehle ich Ihnen herzlichst diese Ausstellung und hoffe, dass sie auch in andere Städte und Länder reisen wird.

Constanze Warta

Tod von Madina: Kroatien verurteilt

Anlässlich eines Urteils des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs (EGMR) haben die zivilgesellschaftlichen Organisationen «Centre for Peace Studies» (CMS) und «Are You Serious? (AYS)» heute bei der Regierung der Republik Kroatien in Zagreb die Entlassung der Spitze des Innenministeriums und der Polizei durch den Premierminister gefordert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bestätigt, dass Kroatien rechtswidrig Menschen abschiebt. Dieses nur allzu gerechte Urteil im Fall der sechsjährigen Madina Hussiny, die 2017 bei einer solchen Abschiebung ums Leben kam, ist nicht nur eine Schande für das Innenministerium und die Polizei, sondern für ganz Kroatien, für uns alle, seine Bürgerinnen und Bürger, und vor allem für die Regierung. In dem gestern verkündeten Urteil stellt der Europäische Gerichtshof fest, dass die Republik Kroatien Madinas Recht auf Leben verletzt hat, die Kinder unmenschlich behandelt hat, indem sie diese in Haft gehalten hat, die gesamte Familie rechtswidrig ihrer Freiheit beraubt und einen Teil der Familie kollektiv aus Kroatien ausgewiesen hat und sie schliesslich daran gehindert hat, ihren Anwalt zu kontaktieren. Die kleine Madina Hussiny und ihre Familie wurden somit vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Opfer einer rechtswidrigen Abschiebung anerkannt, die vor vier Jahren, am 21. November 2017, das Leben des sechsjährigen Mädchens kostete.*

Leider kann das Urteil das Leben des getöteten Kindes nicht wiederbringen, aber das «Centre for Peace Studies» und «Are You Serious?» hoffen, dass die Entscheidung des Gerichts einen Wendepunkt für politische Veränderungen einleiten kann, so dass nie wieder einem Menschen, einem Kind, einer Frau oder einem Mann ein solches Leid zugefügt werden kann.

CMS und AYS, Zagreb, den 19. November 2021

*Madina wurde von einem Zug erfasst und starb wenige Meter vor der kroatischen Grenze. Die afghanische Familie Hussiny war zuvor von kroatischen Grenzpolizisten aufgegriffen und genötigt worden, an den Gleisen nach Serbien zurückzugehen.